

D5 Kein Fussbreit dem Faschismus – rechte Netzwerke konsequent zerschlagen, Betroffene endlich schützen!

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

1 Im Mai 2025 kam es bundesweit zu Razzien gegen mehrere Jugendliche zwischen 14
2 und 18 Jahren - auch in Thüringen, etwa im Altenburger Land und im Ilmkreis. Den
3 Beschuldigten wird vorgeworfen, Teil des rechtsterroristischen Netzwerks „Die
4 letzte Verteidigungswelle“ zu sein und sich zu Brandanschlägen auf
5 Geflüchtetenunterkünfte und linken Einrichtungen verabredet zu haben. Sie
6 versuchten gar nicht, ihr Ziel zu verschleiern: das demokratische System der
7 Bundesrepublik zu stürzen. Mittlerweile fühlen sich Rechte so sicher, dass sie
8 glauben, die eigene Agenda nicht mehr verheimlichen zu müssen.

9 Doch bei bloßen Ankündigungen blieb es nicht: Am 05. Januar 2025 wurde in
10 Schmölln ein Anschlag auf die lokale Geflüchtetenunterkunft verübt. Steine
11 wurden durchs Fenster geschmissen, Wände mit rassistischen Parolen beschmiert
12 und Pyrotechnik gezündet, um das Gebäude in Brand zu stecken. Der Tod der
13 Bewohner:innen wurde nicht nur in Kauf genommen, sondern von Beginn an
14 einkalkuliert. Dass bei dem Übergriff lediglich eine Person verletzt wurde, ist
15 ausschließlich dem Zufall geschuldet. Es war nicht die erste Tat - die beiden
16 Beschuldigten sollen seit Jahren für Übergriffe verantwortlich sein. Das ist
17 kein „Ausrutscher“, und vor allem keine „Jugendsünde“, sondern beispielhaft für
18 ein bundes- und landesweites Muster: Ob in Schmölln, im Ilmkreis, in Suhl oder
19 Erfurt. Die Rechtsextremen trauen sich mehr denn je aus ihren Löchern, ihre
20 Ideologie gewinnt an Zulauf, rechtsextreme Übergriffe häufen sich und die
21 Täter:innen werden immer jünger - und vor allem gewaltbereiter.

22 Spätestens seit den rechtsextremen Belagerungen von CSD-Veranstaltungen im
23 letzten Sommer ist klar: Die Szene befindet sich in einem krassen Aufschwung.
24 Die abscheulichen Szenen des wütenden Mobs am Leipziger Hauptbahnhof haben sich
25 in unser kollektives Gedächtnis eingearbeitet. Ob „Deutsche Jugend Voran“, lokale
26 Ableger der Jungen Nationalisten, der Jugendorganisation der Partei „Die
27 Heimat“, ehemals „NPD“, wie etwa die „Gersche Jugend“ oder die „Elblandrevolte“
28 oder parteiungebundene Gruppierungen - die Szene ist stramm organisiert. Dabei
29 sprechen die Rechtsextremen gezielt Jugendliche mit ihrer Propaganda an. Laut
30 Verfassungsschutzbericht 2024 haben 25 % der Jugendlichen in Thüringen rechte
31

32 oder rechtsextreme Einstellungen. Das kommt nicht von ungefähr. Die Szene sucht
33 seit Jahren planvoll die Nähe zu Jugendlichen - online, im Sportverein, im
34 Jugendclub. Der einst totgesagte Sumpf der extremen Rechten umfasst in Thüringen
heute rund 3.300 Personen - und er wächst weiter.

35 Rechte Gewalt macht 54 % aller politisch motivierten Gewalttaten in Thüringen
36 aus. Im Schnitt gibt es vier rechtsmotivierte Angriffe pro Woche. Das sind
37 doppelt - ja doppelt - so viele wie im Vorjahr und ein Trend, dem wir uns
38 unentwegt entgegenstellen werden. Es darf nicht wieder zum Normalzustand werden,
39 dass rechtsextreme Schlägertrupps durch unsere Straßen ziehen! Die
40 Baseballschlägerjahre sind vorbei und es liegt an uns, dass das auch so bleibt.

41 Doch der Rechtsextremismus war nie weg, genauso wenig wie rassistische,
42 homophobe, queerfeindliche und antisemitische Gewalt. Im Gegensatz zu heute
43 haben Gesellschaft und Medienöffentlichkeit in der Vergangenheit lediglich
44 weggeschaut.

45 Es genügt eine andere Hautfarbe, ein politisches Statement auf der Kleidung oder
46 ein religiöses Symbol zu tragen, um ins Visier rechtsextremer Gewaltäter:innen
47 zu geraten. Menschen werden beleidigt, eingeschüchtert und angegriffen. BIPoC,
48 queere und linke Menschen fühlen sich in Thüringen schon lange nicht mehr
49 sicher. Die Gewalt ist enthemmt, findet am helllichten Tage auf offener Straße
50 statt - und das Thüringer Innenministerium schaut zu. Zivilgesellschaftliche
51 Organisationen warnen seit Jahren vor der wachsenden rechten Bedrohung, der
52 Vernetzung der Szene und ihrer immer besseren Finanzierung.

53 Die strukturierte Aufbauarbeit der rechten Szene in den vergangenen Jahren trägt
54 Früchte, die Szene wächst stetig weiter und erlangt vermehrt öffentliche
55 Aufmerksamkeit. Die Behörden stehen dem unvorbereitet gegenüber. Jahrelang haben
56 es das Innenministerium in Thüringen, das Bundesinnenministerium und auch die
57 Bundesregierungen verschlafen, das Problem anzugehen. Viel schlimmer noch, sie
58 haben das Problem totgeschwiegen. Das ist nicht nur eine sicherheitspolitische
59 Bankrotterklärung, sondern auch ein Offenbarungseid des eigenen politischen
60 Versagens.

61 Neben der tagtäglichen Bedrohungslage für Leib und Leben stellt die
62 rechtsextreme Gewalt noch eine weitere nicht zu unterschätzende Gefahr dar,
63 nämlich für unser aller politisches Engagement - und damit schlussendlich auch
64 für unsere Demokratie. Wenn Menschen sich zweimal überlegen, ob sie den linken
65 Jutebeutel tragen, den Button am Rucksack oder den Sticker am Laptop zeigen,
66 oder „linke“ Erkennungszeichen im Bus oder der Straßenbahn lieber verdecken, ist
67 das keine „private Sicherheitsmaßnahme“. Es ist der Beweis, dass der Staat
68 seinen verfassungsrechtlich garantierten Schutzpflichten nicht nachkommt! Es
69 darf nicht weiter geschwiegen, verharmlost und weggeschaut werden. Es wird
70 allerhöchste Zeit, dass der Staat seinen Aufgaben endlich konsequent nachkommt:

71 die rechte Gefahr erkennt, benennt und handelt!

72 Der Landesparteitag der SPD Thüringen möge daher beschließen:

73 **1. Zivilgesellschaftliche Demokratieförderung dauerhaft absichern**

74 Zivilgesellschaftliche Träger sind Schlüsselakteure im Kampf gegen Rechts. MoBiT
75 und viele vor allem auch lokale Initiativen sorgen für Prävention, Beratung und
76 Schutz demokratischer Räume, werden aber oft nur projektfinanziert. Es ist ein
77 Skandal, dass die Initiativen, die seit Jahren vor den Gefahren von rechts
78 warnen und Betroffene schützen, jedes Jahr aufs neue um ihre Existenz bangen und
79 für ihre weitere Förderung kämpfen müssen. Wir fordern die Landesregierung
80 deswegen dazu auf, die sofortige und dauerhafte Absicherung der Förderprogramme
81 für Initiativen gegen Rechtsextremismus und die Neue Rechte zu gewährleisten und
82 dies verbindlich in den kommenden Haushalten zu verankern. Wir fordern außerdem
83 die Bundesregierung dazu auf, endlich ein Demokratieförderungsgesetz vorzulegen,
84 das die stabile Finanzierung demokratischer Bildungs- und Präventionsarbeit
85 sicherstellt. Demokratie kostet, aber das sollte sie uns wert sein!

86 **2. Mobile Beratung und niedrigschwellige Hilfsangebote ausbauen und
87 finanzieren**

88 Insbesondere im ländlichen Raum breiten sich die Rechtsextremen aus und haben
89 teilweise schon die Oberhand in einzelnen Ortschaften und Nachbarschaften
90 gewonnen. Dort fühlen sie sich sicher, unbeobachtet und können den herrschenden
91 Frust über bestehende Missstände für ihre Propaganda und Mobilisierung nutzen.
92 In diesen Orten sind insbesondere die mobilen Beratungsstellen die ersten
93 Anlaufstellen für Betroffene, für konkrete Hilfe. Beratungsstellen können
94 außerdem dabei helfen, die rechte Durchdringung von Jugendkulturen zu erkennen
95 und pädagogisch zu intervenieren. Wir fordern eine flächendeckende und
96 langfristige Finanzierung durch eine feste Landesförderung, damit nicht nur die
97 Städtekette, sondern auch die ländlichen Regionen die mobilen Beratungen rund um
98 die Uhr an jedem Ort in Thüringen in Anspruch nehmen können.

99 **3. Systematische Demokratieförderung in Schule und Jugendarbeit**

100 Gute Demokratiebildung und Antidiskriminierungsarbeit schützen vor
101 Rechtsradikalisierung. Wir fordern die Landesregierung - insbesondere das
102 Bildungsministerium - dazu auf, verbindliche Demokratieförderung und
103 Antidiskriminierungsarbeit im Lehrplan zu verankern, entsprechende Lehrkonzepte,
104 Fortbildungen und Materialien für Lehrkräfte bereitzustellen sowie die
105 Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern der Demokratieförderung im
106 umfassenden Umfang zu finanzieren. Dabei ist wichtig, dass Demokratie auch
107 erlebbar ist und nicht nur theoretisch vermittelt wird.

108 **4. Gegenstrategien gegen Radikalisierung im digitalen Raum entwickeln**

109 Digitale Räume sind Rekrutierungsorte. Die Neue Rechte nutzt sehr gezielt virale
110 Formate und Plattform-Algorithmen. Wir fordern landesweite Programmen zur
111 digitalen Medienbildung in Schulen und Jugendeinrichtungen - inklusive
112 spezialisierter Angebote zur Erkennung und zum Debunking neurechter Narrative
113 und Verschwörungsmärchen. Einem pauschalen Social-Media-Verbot für unter 16-
114 Jährige erteilen wir eine klare Absage. Statt Verboten braucht es Aufklärung und
115 Bildung - auch in der Erwachsenenbildung, weil Desinformation alle Altersgruppen
116 trifft. Außerdem dürfen die Plattformbetreiber nicht aus der Verantwortung
117 gelassen werden: rechte Hetze, HateSpeech und Desinformation müssen konsequent
118 gelöscht werden, Profile von Akteuren der rechtsextremen Szene dürfen keine
119 Accounts auf den entsprechenden Plattformen haben.

120 **5. Monitoring ausbauen und länderspezifische Lagebilder erstellen**

121 Wer wegschaut, kann das Problem nicht erkennen. Um endlich ein klares Bild der
122 Szene, ihrer Ansätze und Akteure zu gewinnen und entsprechend handeln zu können,
123 fordern wir die Förderung unabhängiger Forschung zu Strategien der Neuen
124 Rechten. Die anhaltende Ignoranz schützt die Szene, wir müssen endlich wissen,
125 was passiert.

126 **6. Rechtsextreme Straftaten konsequent verfolgen**

127 Wenn Nazis keine Strafe zu befürchten haben, gibt es keinen Grund für sie zu
128 stoppen. Es braucht endlich konsequente Strafverfolgung. Deswegen fordern wir
129 mehr Personal bei Polizei und Justiz, um die zügigen Verfolgung von
130 Hasskriminalität und rechten Delikten sicherstellen zu können sowie
131 verpflichtende Fortbildungen für Richter:innen, Staatsanwält:innen und Polizei
132 zu rechter Ideologie, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, digitaler Hetze
133 und deren Erkennungszeichen. Wir fordern Schwerpunktstaatsanwaltschaften gegen
134 Hasskriminalität und rechte Netzwerke, fokussiert auf rechtsmotivierte Delikte.

135 **7. Opferschutz und Opferberatung stärken; Opferschutzbeauftragte:n einführen**

136 Beratungsstellen für Betroffene werden kaputt gespart, die psychosoziale
137 Beratung schrittweise von einem sowieso nur geringen Niveau weiter
138 zurückgeschraubt. Dabei sind Einrichtung wie elly, die Beratungsstelle gegen
139 Hatespeech, essenziell, um Betroffene rechter, rassistischer oder
140 antisemitischer Gewalt emotional, psychosozial, praktisch zu begleiten. Wir
141 fordern deswegen den Ausbau staatlich finanzierter Opferberatungsstellen und
142 deren umfassende Finanzierung. Betroffene rechte Gewalt dürfen nicht alleine
143 gelassen werden. Wir schließen uns der Forderung von ezra nach Einführung eines
144 Opferschutzbeauftragten in Thüringen (angesiedelt an der Staatskanzlei) an. Die
145

146 SPD-Bundestagsfraktion soll sich für einen bundesweiten Rechtsanspruch auf
147 psychosoziale Prozessbegleitung für Opfer rechter Gewalt einsetzen. Es darf
148 nicht mehr bei leeren Worten des Mitleids bleiben, es müssen endlich Taten
folgen.

149 **8. Rechtsstaatliche Resilienz erhöhen**

150 Rechtsextreme Netzwerke in Sicherheitsbehörden sind reale Gefahr. Nicht nur
151 einmal wurden sie aufgedeckt. Aber statt nachhaltiger Konsequenzen oder
152 Veränderungen im System, um solche zukünftig zu verhindern, wurden die Skandale
153 totgeschwiegen, ausgesessen und nach dem Aufschrei der Öffentlichkeit
154 weitergemacht wie bisher. Damit muss endlich Schluss sein. Eine Demokratie kann
155 keine Faschist:innen in Uniform dulden. Denn damit beschleunigt sie ihren
156 Verfall. Wir fordern deswegen die anlassbezogene Beobachtung von Polizei und
157 Sicherheitsbehörden hinsichtlich rechter Netzwerke und rassistischer Vorfälle
158 und bekräftigen unsere Forderung nach einer unabhängigen Behörde, die Missstände
159 in der Polizei verfolgt und aufklärt. Es braucht Transparenzpflichten für
160 Sicherheitsbehörden bei der Aufdeckung von rechten Strukturen, um die schnelle
161 und konsequente Entfernung Betroffener aus dem Dienst sowie zügige, unabhängige
162 Ermittlungen sicherzustellen.

163 **9. Keine Feuerkraft für Faschos**

164 Wir dürfen es nicht länger hinnehmen, dass Rechtsextreme im Besitz von
165 Waffenscheinen und Waffen sind. Ihnen muss konsequent die Berechtigung zur
166 Nutzung und des Besitzes von Waffen entzogen werden. Das Landesinnenministerium
167 fordern wir deswegen dazu auf, bei seiner harten Linie zu bleiben und die
168 Verwaltungen dazu anzuweisen, diese Linie konsequent umzusetzen. Außerdem
169 fordern wir das Bundesinnenministerium dazu auf, schnellstmöglich eine
170 bundesweite Regelung zu schaffen, die es ermöglicht, Rechtsextreme konsequent zu
171 entwaffnen. Es darf nicht länger mit der Beschlagnahmung aller Waffen im
172 rechtsextremen Milieu gewartet werden. Das nächste Opfer ist sonst nur eine
173 Frage der Zeit.